

Streit um den Seeuferweg

Ein durchgehender Seeuferweg ist dringend erforderlich, zumal bei steigender Bevölkerungszahl das Bedürfnis nach Wandern und Erholung wächst (NZZ 28. 8. 23). Im b Wollishofen gibt es bis Horgen nur die Seestrasse, zum Teil mit schmalen Trottoirs. Häuser versperren die Sicht auf Berge und See.

Die Gewässer gehören der Öffentlichkeit. Im Zürichsee haben die Behörden offenbar versagt. Andere Seen wie der Greifensee oder der Pfäfersersee bieten einen fast durchgehenden Uferweganteil.

In vielen Gewässerrändern liegen Naturschutzgebiete, die durch die Wanderleute nicht beeinträchtigt werden. Ein Uferweg entlang der Are habe ich im bernischen Bremgarten gut gesehen, dass auch in einer wohlhabenden Gemeinde ein durchgehender Uferweg möglich ist.

Hangseitig liegen die hablichen Häuser, die teilweise mit Hecken vom Wanderweg am Ufer abgetrennt sind. Alle haben direkten Zugang zum Gewässer, die Wandernden wie die Grundbesitzer. Dort haben die Behörden ihren Job richtig gemacht.

Liliane Waldner, Zürich

Die Gegner der Uferweg-Initiative argumentieren in der Hauptsache mit der Eigentumsgarantie und dem Umweltschutz (Littering, Lärm und ökologische Schäden).

Gezielt sind sie gegen einen öffentlichen Uferweg am Zürichsee. Ihre Opposition beschlägt aber auch eine Verbesserung des Zugangs zu Ufern von Seen und Flüssen im ganzen Kanton Zürich.

Die Initiative selbst relativiert das Recht des Zugangs in einer Güterabwägung mit umwelt- und naturschutzrechtlichen Anliegen, also in einer sachlichen Bewertung verschiedener öffentlicher Interessen. Unstrittig formuliert die Initiative, dass unberührte und ökologisch wertvolle Ufer ungeschmälert zu erhalten sind und bei der Erstellung von Uferwegen an Seen und Flüssen dem Natur- und Landschaftsschutz Sorge zu tragen ist und die Ufer ökologisch aufzuwerten sind.

Selbstverständlich sind die Interessen von Privaten, die in der Umsetzung von entsprechenden Massnahmen betroffen sind, zu beachten, allerdings nicht «uferlos».

Die Eigentumsgarantie ist kein absolutes Recht, sondern kann bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses und einer darauf beruhenden rechtlichen Grundlage im Rahmen der Verhältnismässigkeit eingeschränkt werden. Und hier vermitteln die Gegner und ihre im Artikel zitierten Repräsentanten in erster Linie den Eindruck, Beweggründe von wenigen Privaten höher zu wägen als diejenigen der Allgemeinheit und des darauf basierenden öffentlichen Interesses.

In diesem Lichte sind denn auch ihre im vorliegenden Kontext eigenartigen Argumente einzuordnen, die sich auf die etwas unklare oder ver-

worrene Rechtslage («Konzessionsland» usw.), auf die Gefahr des Litterings, den Schutz von Flora und Fauna oder mit dem Begriff «Neiderweg» gar auf eine der sieben katholischen Todsünden beziehen.

Urs Dettling Nagel, Stäfa

Es ist bedauerlich, zu sehen, wie mehrheitlich bürgerliche Gemeindeverwaltungen der Seegemeinden alles daran setzen, das Seeufer zu verbauen und somit einen durchgängigen Seeuferweg zu verhindern. Dieses Verhalten ignoriert nicht nur die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Erholung und Naturerlebnissen, sondern auch das fundamentale Prinzip, dass der See allen gehört.

Die Umgehung geltender Regeln, wie beispielsweise der 20 Meter Mindestabstand zum Ufer, durch Sondergenehmigungen ist äusserst besorgniserregend. Statt das Gemeingut zu schützen, scheinen einige Gemeinden ihren eigenen Interessen Vorrang einzuräumen.

Ein Paradebeispiel dafür ist die in Rüslikon hängige Einzelinitiative zur Förderung eines Seeuferwegs. Statt diese Initiative zu unterstützen, wird sie von der Gemeinde bekämpft, indem Fristen erstreckt und unwählbare Mandatierte ernannt werden, um die Initiative als ungültig erklären zu können.

Die Stadt Zürich wächst, und mit dieser Expansion steigt auch der Bedarf der Bewohner nach Naherholungsmöglichkeiten am Seeufer. Weder hohe Mauern noch Überwachungskameras oder «Privat-Schilder können den Anspruch auf den Zugang zum Seeufer rechtmässig unterbinden.

Ein intakter Seeuferweg bietet nicht nur körperliche Erholung, sondern fördert auch den Austausch zwischen den Menschen und ermöglicht Bildung über die Natur und die Umwelt. Es ist eine Gelegenheit, Naturerlebnisse in die städtische Umgebung zu integrieren und somit die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu steigern.

Wir appellieren an die Gemeinden und den Kanton, die langfristigen Vorteile für die Gesellschaft zu erkennen und gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten, die den Zugang zum Seeufer für alle sicherstellt.

Alexander Meier, Rüslikon

Westliche Dominanz als das kleinere Übel

Dass der «globale Süden neues Selbstbewusstsein zeigt», ist nichts als eine zu erwartende Reaktion auf die historische Dominanz der westlichen Welt (NZZ 24. 8. 23). Und dass die Welt nun geopolitisch multipolar gestaltet werden soll, dagegen ist ebenso wenig einzuwenden.

Die «Emanzipation» vieler Staaten gegenüber der westlichen Dominanz – insbesondere der amerikanischen – ist mehr als verständlich und nachvollziehbar.

Über eine Welt mit den Brics-Mitgliedstaaten als machtpolitischer Gegenpol zum Westen wäre nicht wirk-

lich erstrebenswert, um nicht zu sagen katastrophal.

Von der Organisation der Brics-Staaten ist leider wirklich nicht viel zu erwarten. Wird doch diese schon jetzt von Russland für seinen imperialistischen Feldzug gegen die Ukraine missbraucht.

Eine Organisation, die sich als Machtblock in dieser multipolaren Welt versteht, dabei aber die auf Völkerrecht basierende Weltordnung missachtet, ist es nicht wert, als solcher wahrgenommen zu werden, sie darf es nicht werden.

Leider sind mit Indien und Brasilien in diesem Staatenbund zwei der grössten Demokratien der Welt vertreten, die sich aus reinem Opportunismus gerne von Russland (und China) vor den Ochsenkarren spannen lassen in deren skrupellosem Machtkampf um die Weltherrschaft.

Ungesichert dessen ist die momentane Weltordnung mit der westlichen (amerikanischen) Dominanz doch noch das kleinere Übel.

Quang Ly, Burgdorf

Die Erweiterung der Brics-Allianz lässt aufhorchen: Da entsteht in Keimform ein Gegenmodell zur unipolaren Welt, wie sie jetzt seit etwas mehr als dreissig Jahren besteht.

Viele Staaten des globalen Südens und Ostens lassen sich nicht mehr zur Gefolgschaft gegenüber dem Westen verpflichten, sondern wollen ihren eigenen Weg gehen.

Das multipolare Modell, das ihnen vorschwebt, hat viel mit dem Konzept einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu tun, das bereits in den 1970er Jahren skizziert wurde, sich aber dann angesichts von massiver Verschuldung des Südens und Hochrüstung des Nordens nicht durchsetzen konnte.

Wir im Westen sollten uns darauf einstellen, dass die Welt sich im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte gründlich gewandelt hat – und weiterhin wandeln wird.

Mag heute noch eine «kollektive und kohärente Vision» des Brics-Bündnisses fehlen: Daraus die Hoffnung ziehen zu wollen, dass die heutige Ordnung zugunsten einer Minderheit der Menschheit so bleiben wird, scheint mir höchst fragwürdig zu sein.

Kurt Seifert, Winterthur

Unser Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Senders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Nicht auf Kosten der Bauern sparen

Astkommentar

von MARTIN RUFER

Die Schweiz steht bezüglich der Staatsfinanzen im Vergleich mit anderen Ländern gut da. Das verdanken wir der Schuldenbremse. Dennoch ziehen am finanzpolitischen Himmel düstere Wolken auf. Die Ursache sind neben der Pandemieausgaben die in der letzten Zeit vom eidgenössischen Parlament grosszügig beschlossenen Mehrausgaben. Dabei wird Geld für allerlei Wünsche gesprochen, ohne deren Finanzierung sicherzustellen, z. B. für die Kitas. Damit beschleunigt sich das schnelle Wachstum der staatlichen Ausgaben weiter. Ein Blick zurück zeigt: Die Gesamtaufwände des Bundes sind seit 2010 um 40 Prozent oder fast 24 Milliarden Franken gestiegen. In Folge muss der Bund nun ein Sparpaket schnüren, um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Für das Jahr 2024 hat der Bundesrat seine Pläne bereits kommuniziert, weitere Massnahmen in den Folgejahren sind angekündigt.

Im Sparprogramm 2024 sieht er vor allem Mittelkürzungen bei den sogenannten schwach gebundenen Ausgaben vor. Dort kann die Politik kürzen, ohne Gesetze anzupassen. Sie machen rund ein Drittel seines Gesamtbudgets aus. Diese Vorgehensweise hat die Politik schon bei früheren Sparprogrammen gewählt: Man kürzt dort, wo es am einfachsten geht – statt dort, wo die Ausgaben aus dem Ruder laufen und Kürzungsmassnahmen angezeigt wären. Dies ist etwa so, wie wenn ein herbeigerufener Tierarzt nicht die kranke Kuh behandelt, sondern eine nahe an der Stalltüre ste-

Die Politik sollte das Ausgabenwachstum dort drosseln, wo die Aufwände aus dem Ruder gelaufen sind.

hende gesunde, weil es so einfacher geht. Die Ausgaben für die Landwirtschaft sind schwach gebunden. Daher will die Regierung im Rahmen ihres angedachten Sparprogramms die Mittel für das Jahr 2024 um rund 65 Millionen Franken kürzen. Das bedeutet für jeden Betrieb im Durchschnitt 1400 Franken weniger. Das ist bei den relativ tiefen Einkommen in der Landwirtschaft viel Geld.

Noch störender ist dieses Vorgehen, weil die Anforderungen an die Bauernbetriebe für den Erhalt der Direktzahlungen stetig steigen und weitere Auflagen für 2024 folgen. So haben Bundesrat und Parlament als Reaktion auf die Agrarinitiativen viele zusätzliche Bewirtschaftungsauflagen beschlossen. Sei es die Ausschreibung von zusätzlichen Biodiversitätsförderflächen, neue Auflagen für die Bodenbearbeitung oder zusätzliche Vorgaben beim Einsatz von Düngern und Pflanzenschutzmitteln.

Für die Bauernfamilien bedeuten die zusätzlichen Vorgaben höhere Produktionskosten und in der Tendenz sinkende Erträge. Mehrleistungen bestellen und gleichzeitig die Entschädigung kürzen ist nichts anderes als eine Verletzung von Treu und Glauben.

Die Kürzungen sind auch deshalb nicht korrekt, weil die Landwirtschaft keine Schuld am Loch in der Bundeskasse trägt. Obwohl die Bundesausgaben wie erwähnt um 40 Prozent stiegen, blieben jene für die Land- und Ernährungswirtschaft stabil bei 3,6 Milliarden Franken pro Jahr. Der Anteil der Ausgaben für die Landwirtschaft an den Gesamtausgaben des Bundes sank kontinuierlich und beträgt heute noch rund 4,5 Prozent. Über alle drei Staatsebenen betrachtet – Bund, Kantone und Gemeinden – liegt der Anteil der Landwirtschaft noch bei rund 2,1 Prozent.

Die einheimischen Bauernfamilien drohen Opfer einer verfehlten Finanzpolitik zu werden. Es braucht dringend ein Umdenken und mehr Ausgabenzielen. Die Politik muss sofort das Ausgabenwachstum vor allem in jenen Bereichen sofort drosseln, in denen es besonders ausgeprägt ist. Dann brauchen wir für einen stabilen Staatshaushalt auch keine Sparprogramme.

Martin Ruffer ist Direktor des Schweizer Bauernverbands.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HOCHBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 244. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw), Nicole Nliker (ann), Carola Ettenreich (cet), Tom Schneider (sct).

Tagesleitung: Nicole Nliker (ann), Benno Mattli (bem), Janique Weder (wje).

International: Peter Rásonyi (pra), Andreas Rüesch (R.), Marco Kaufmann Bossart (kam), Werner J. Marti (wjm), Andreas Ernst (ahn), Meret Baumann (bam), Dominique Burckhardt (dbu), Fabian Urech (urf.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Pauline Voss (ine), Jonas Roth (jon), Erika Burri (ebu).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se), Andreas Breitenstein (Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mm).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Nndri Rostetter (art.), Erich Bschwandten (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Irène Troxler (tox.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hehl (hhs.), Tobias Gafafar (gaf.), David Vompon (dvp.), Samuel Tanner (sta.).

Bundeshaus: Fabian Schärer (fab.), Georg Häslar Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.), David Birner (bin.).

Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Zeno Geisseler (zge.), Fabian Baumgartner (fbi.), Stefan Hotz (sho.), Katja Baigiger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Claudia Rey (clr.), Michael von Ledebur (ml.), Nils Pfändler (npl.), Isabel Heusser (heu.), Giorgio Scherrer (sgl.), Tobias Marti (tma.), Marius Huber (hub.), Francesca Prader (fpr.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Christoph Eisenring (cei.), Lorenz Honegger (lho.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christian Severin (sev.), Andrea Martel Fus (am.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Hansueli Schöchli (hus.), Benjamin Trieb (bet.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Isabelle Wachter (wai.).

Börse: Michael Ferber (feb.), Eflamm Mordrelle (EM.).

Chefökonom: Peter Fischer (pfi.), Philipp Wolf (pwh.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C.H.), Christian Speicher (Spe.), Brian Niederer (ni.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (stv.), Judith Blage (jbl.), Esther Widmann (wde.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rbh.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Lucien Scherrer (lsc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Andreas Scheiner (sca.), Rahel Zingg (zin.), Thomas Zaugg (zau).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Christof Krapp (krap.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schoop (sct.), Esther Rüdiger (eru.), Peter Bickermann (pbn.), Reporter: Andrea Spalinger (spl.), Marcel Gyr (y-r.), Nnja Jardine (jar.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Bracher (brk.).

Nachrichten: Samuel Buerger (sbr.), Michele Coviello (cov.), Elena Panagiotidis (ela.), Kathrin Klette (kkl.), Raffaela Bngstmann (rpn.), Gian Andrea Marti (gam.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Melchior Poppe (pop.), Tili Minder (tili.), Jacqueline Lipp (lip.), Fabian Vogt (vot.), Corina Gall (cog.), Lia Pescatore (lia.), Nelly Kausch (nel.), Philipp Gollmer (pgh.), Kevin Weber (wek.), Elena Oberholzer (obe.).

Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Ferdinand Knapp (FK.), Severin Pomsel (spo.), Lucia Grassi (glu.).

Community: Nnja Grünenfelder (ang.).

Podcast: Nadine Landert (lna.), David Vogel (dvl.), Marlen Oehler (oeh.), Sebastian Panholzer (sep.), Antonia Moser (ata.), Oliver Camenzind (olc.), Jenny Rieger (rje).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Jonas Holenstein (jho.), Thierry Figini (tfti.), Martin Bnold (maa.), Nicolas Fröhner (frn.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (kxo.), Nnja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelen (jok.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fst.), Bldina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Charlotte Eckstein (eck.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sh.), Eike Hoppmann (eik.), Simon Huwiler (shu.), Michel Graustück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw (sro.), Cian Jochem (cia.), Danijel Beljan (beb.), Alex Kräuchi (akr.), Seda Motie (sed.), Sophia Kissling (sk.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Jörg Walch (jwa.), Andrea Hauner (hwa.), Jasmine Rueegg (jmr.), Isabelle Pfister (pft.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Nicole Krättli (kra.), Pascal Burkhard (bup.), Damita Pressl (dam.), Michelle Bmstutz (mma.), Florentin Erb (erf.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Christoph Fisch (cf.), Lucie Paška (pa.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rol.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hutschmid (phh.), Iida Özalp (iö.), Lisa Leonardy (lll.), Yves Tardent (tyt.), Tanja von Brx (tva.).

Art Director: Reto Balthaus (ra.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigris (rsi.), Reto Gratwohl (grr.), Nicole Beby (nbe.), Martin Berz (brz.), Dominic Nahr (dna.), Dario Veréb (dve.), Julie Lovens (lou.), Fotografen: Karin Hofer (hfk.), Mnnick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).

Korrektur: Natascha Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). London: Niklaus Nuspliger (nn.). Berlin: Marc Felix Serrao (fx.), Jonas Hermann (jsh.), René Höltschi (Ht.), Alexander Kissler (kis.), Oliver Maksan (oma.), Fatma Keilani (kei.), Susann Kreuzmann (suk.), Rewert Hoffer (rew.), Beatrice Richterberg (bta.), Marco Seliger (mse.). Frankfurt: Michael Rasch (ra.). München: Stephanie Zöll (paz.). Rom: Luzi Bernet (lbz.). Madrid: Ute Müller (utm.). Wien: Ivo Mijnsen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). Tallinn: Linda Koponen (lkp.). Brüssel: Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinworth (DSt.), Kalina Orschakoff (oro.). Moskau: Markus Bckeret (mac.). Nairobi: Samuel Misteli (smi.). Istanbul: Volker Pabst (pab.). Beirut: Daniel Böhm (dan.). Delhi: Andreas Babst (abb.). Singapur: Matthias Müller (mue.). Taipei: Patrick Zoll (paz.). Peking: Matthias Kamp (mka.). Shenzhen: Matthias Sander (msa.). Tokio: Martin Kölling (koe.). Sydney: Barbara Barkhausen (bbh.). Washington: Christian Weislog (ws.). Chicago: David Singer (ds.). New York: Christof Leisinger (cl.). San Francisco: Marie-Christine Langer (lma.). Rio de Janeiro: Thomas Milz (mit.). Salvador da Bahia: Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Folio: Blinne Wanner (awa), Reto U. Schneider (res.), Florin Claluna (cl.), Barbara Klingbacher (bak.).

NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DIES UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der NZZ Mediengruppe für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

DRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch.

Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/faq.

Inserate: NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzzone.ch, www.nzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE UND BONNEMENTE (inkl. MWSt)

NZZ Print & Digital: 879 Fr. (12 Monate), 80 Fr. (1 Monat).

NZZ Digital Plus: 599 Fr. (12 Monate), 56 Fr. (1 Monat).

NZZ Wochenende Print: 389 Fr. (12 Monate), 35 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print & Digital: 595 € (12 Monate), 54 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Bündnisse auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 987 Fr. (12 Monate), 90 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2023.

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Preisen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2023.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist dies berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler